

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 23.
Für unerlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 239

Sonnabend, den 12. Oktober 1918

13. Jahrgang

Große innere Umwälzungen in Oesterreich-Ungarn

Die deutsche Antwort an Wilson.

Prüfung durch Bundesrat und Reichstag.

Aus Berlin wird vom 11. Oktober gemeldet: Die amerikanische Note ist nunmehr im amtlichen Text in Berlin eingetroffen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Die Antwortnote der deutschen Regierung an Wilson ist, wie schon bekannt, zwar dem Prinzip nach und in ihrem politischen Sinne fertig gestellt, sie wird jedoch heute (Freitag) noch nicht abgehen, da es die Wichtigkeit und die Tragweite der Angelegenheit erforderlich erscheinen lassen, daß auch Reichstag und Bundesrat dazu sich äußern. Der große Ausschuss des Reichstages wird, wie wir von parlamentarischer Seite hören, morgen (Sonntag) zusammentreten und so Gelegenheit haben, die Note kennen zu lernen. Ebenso wird sie dem Bundesrat, als dem verfassungsmäßigen Organ der verbündeten Regierungen und Träger der Reichsouveränität, vorgelegt werden. Erst dann, also wahrscheinlich morgen (Sonntag), wird die Note an die Schweiz zur Vermittlung übergeben und vermutlich auch gleichzeitig veröffentlicht werden. Wie wir hören, ist die Antwortnote des Präsidenten Wilson heute über die Schweiz hier eingetroffen. Worauf die erhebliche Verzögerung von etwa 38 Stunden zurückzuführen ist, steht noch dahin. Der Inhalt der Note ist nach den bisherigen Veröffentlichungen ja bekannt.

Vorschläge der Mittelmächte.

Nach Wiener Auffassung gibt die Antwort Wilsons die Möglichkeit für weitere Verhandlungen. Die Mittelmächte werden in Beantwortung der Note Vorschläge machen und die Antwort Wilsons hierauf abwarten.

„Meine unfruchtbaren diplomatischen Besprechungen.“ Aus Washington wird gemeldet: Von autorisierter Seite wird erklärt, daß Wilson nicht gewillt ist, sich in eine Reihe von unfruchtbaren diplomatischen Besprechungen mit Deutschland einzulassen.

Eine Note der französischen Regierung.

Eine Note der Pariser „Agence Havas“ sagt: Präsident Wilson hat die deutschen Vorschläge in der Weise angenommen, wie man dies von seinem Scharfsinn und seiner gewissenhaften Ehrenhaftigkeit erwarten konnte, indem er von der deutschen Regierung Aufklärungen über den Sinn und Tragweite ihres Angebotes erbat. Auf diese Weise wird feiner der Zweckmäßigkeit die Lösung des gegenwärtigen Konfliktes fällen. Nicht die Alliierten werden es sein, die sich darüber beklagen werden. Ohne irgendwieweit der endgültigen Antwort Wilson vorzugreifen, gestattet doch eine Prüfung der Note Lansing, sich schon jetzt ein Bild von seinen begründeten Besorgnissen zu machen.

Deutschland wird zuerst kategorisch erklären müssen, ob es unverzüglich und ohne Erörterung die aufgestellten Bedingungen annimmt. Tatsächlich haben sich die Mittelmächte darauf beschränkt, zu erklären, daß sie die Bedingungen annehmen, aber nur als Grundlage für eine Erörterung. Im Reichstage gab Prinz Max von Baden in seiner Rede die gleiche Erklärung ab, und schließlich war die deutsche Presse in dieser Hinsicht noch deutlicher. Man versteht daher den Zweifel, den Wilson befechtigen will. Es ist kaum wahrscheinlich unter dem Druck der Ereignisse, daß der Kanzler jetzt rückhaltlos dem Washingtoner Friedensprogramm zustimmt. Selbst wenn er es aber tut, welches Vertrauen könnte man ihm für die Zukunft gewähren, da er im Verlaufe von wenigen Tagen seine Ansicht über eine Hauptfrage in so offener Weise geändert hat? Andererseits muß man wissen, ob die Vorschläge

im Namen der Reichsbehörden gemacht worden sind, die bisher den Krieg geführt haben. Der Kanzler gibt sich wohl Mühe, die Regierung, an deren Spitze er steht, als aus dem Volke und aus dem Reichstage hervorgegangen hinzustellen. Ist diese Versammlung aber berechtigt, im Namen der deutschen Demokratie zu sprechen?

Der Reichstag hat ohne Vorbehalt dem Angriff von 1914 zugestimmt und ebenso allen alldeutschen Maßnahmen des Generalkabes. Er hat die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest ratifiziert. Prinz Max von Baden selbst hat in einem Schreiben an den Prinzen Hohenzollern einen Maßstab für die Aufrichtigkeit seiner politischen Ansichten gegeben. In Wahrheit erscheint der Personenwechsel an der Spitze der Reichsregierung nur wie eine Parade auf die Teilnahme des Volkes an der Regierung, die den Zweck hat, die wirklichen verantwortlichen Urheber des Krieges der Verantwortung zu entziehen.

Wenn die Vorbedingungen: Rückhaltlose Zustimmung zum amerikanischen Friedensprogramm, Neuorientierung der deutschen Politik sowie Räumung der besetzten Gebiete von der kaiserlichen Regierung angenommen werden, so wird der Waffenstillstand doch nicht ipso facto eintreten. Präsident Wilson wird vielmehr dann erst glauben, in der Lage zu sein, eine Einstellung der Feindseligkeiten den Völkern der Entente vorzuschlagen, die dann die Bedingungen bekannt geben müssen, welche sie von den Feinden fordern wollen, bevor sie die Waffen niederlegen. Deutschland hat jetzt das Wort.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ stellt die neuesten Meinungen der Pariser Zeitungen zu der Antwort Wilsons unter der Überschrift zusammen: „Versteckte Kritik in Frankreich.“ In der vorstehenden Havasnote heißt es in der „Berliner Morgenpost“: Trotz aller Liebenswürdigkeiten, mit der diese Note den Präsidenten Wilson zu unschmeicheln sucht, ist der neue Versuch Clemenceaus, den amerikanischen Präsidenten vor den französischen Wagen zu spannen, unverkennbar. Der „Vorwärts“ schreibt: Die französische Note macht stark den Eindruck, als ob ihren Urhebern die deutsche Friedensaktion und Wilsons Haltung ihr gegenüber höchst unangenehm käme. Was ihr spricht ein Geist der alterstarren Unerbittlichkeit, der sich von Wilsons ruhiger Art scharf abhebt. Würde die französische Regierung darauf ausgehen, den Frieden zu bereiten, so hätten die französischen Sozialisten als die nächsten das Wort.

Die Konservativen gegen Wilsons Bedingungen.

Die konservative Fraktion des Reichstages hat durch ihren Vorstand gestern dem Reichskanzler ihre schweren Bedenken gegen die Annahme der Antwort des Präsidenten Wilson ausgesprochen.

Wilson's Antwort über die Alliierten.

„Nouve Courant“ schreibt: Die Tatsache, daß Wilson ohne Rücksprache mit den Bundesgenossen auf die deutsche Note geantwortet hat, beweist die Machtverschiebungen, welche in letzter Zeit innerhalb der alliierten Länder stattgefunden haben. Wilson gibt sozusagen ein Gegenstück zum Rat von Versailles, der zu Beginn dieses Jahres ohne Rücksprache mit Wilson den Vermittlungsversuch des Prinzen von Bourbon bereitete. Wird es der neuen deutschen Volksregierung gelingen, die zerbrochene Verbindung mit Amerika wieder anzuknüpfen? Wenn Prinz Max und seine Regierung die Fragen Wilsons befriedigend beantworten können, ohne dabei, wie es die Kriegsschreier der Entente fordern, das deutsche Volk der Vernichtung preiszugeben, dann kann nicht nur der Frieden wieder hergestellt werden, sondern dann können auch die Völker wieder auf Grund gegenseitigen Vertrauens die Bedingungen zu friedlichen Zusammengehören erhoffen.

Neue Zeugnisse feindlichen Vernichtungswillens.

In der Sitzung der Handelskammer von Manchester (England) sagte der Vorsitzende Stoker: Wir müssen darauf bestehen, daß den Mittelmächten beim Friedensschluß Bedingungen auferlegt werden, die sie nicht allein militärisch vernichten, sondern sie auch in ökonomischer Beziehung so völlig zertrümmern, daß sie sich in den nächsten fünfzig Jahren nicht wieder aufrichten können.

In der englischen Zeitung „Daily News“ hieß es: Russell, der Kommissar der Vereinigten Staaten für öffentliche Mittelungen, erklärte: „Der Krieg wird erst zu Ende sein, wenn wir die Deutschen klein geschlagen haben, nicht früher. Aber der Frieden bedeutet noch nicht die Aufnahme freundlicher Beziehungen. Der Deutsche wird wie ein Ausföhrer gemieden, ganz Deutschland boykottiert werden.“

Friedenshoffnungen in der Schweiz.

Die „Neuen Zürcher Nachrichten“ berichten: In gutunterrichteten Schweizer politischen Kreisen hält man dafür, daß die Waffen noch vor Weihnachten ruhen werden. Es wird geltend gemacht, daß selbst wenn der Gedankenaustausch zwischen Deutschland und Amerika noch keinen unmittelbaren Erfolg hätte, höchstens noch eine letzte Kurve bis zu diesem zu überwinden wäre. Die Friedensausflüchte werden auch an der Schweizer Börse für durchaus günstig angesehen. Die Kurswerte fallen rapid im Laufe.

Die Haltung der Türkei.

Dem Mailänder Blatte „Corriere della Sera“ wird aus London gemeldet: Der Regierungstatthalter von Smyrna Nuhmi-Bel und drei Unterhändler, ein Grieche, ein Engländer und ein Türke, wurden nach Mytilene gesandt, um mit den Alliierten in Friedensverhandlungen einzutreten. Nuhmi-Bel galt bei den Deutschen schon immer als viererhandsfreundlich. Der Korrespondent des „Secolo“ in Rom schreibt: In gewissen Kreisen spricht man mit Bestimmtheit von Sonderfriedensverhandlungen, die seitens der Türkei eingeleitet seien. Man könne jedoch in diplomatischen Kreisen Londons nichts Bestimmtes darüber erfahren, obwohl schon seit längerer Zeit bekannt sei, daß die Türkei bei den verbündeten Vertretern der Alliierten in den neutralen Staaten Annäherungsversuche unternahme. (Wir verweisen demgegenüber auf die von uns gestern wiedergegebenen Meinungen des türkischen Botchafters in Wien, der den Gedanken eines Abfalls der Türkei enträtelt zurückwies. D. Red.)

Die Umwälzungen in Oesterreich-Ungarn.

Regierungswechsel in Sicht.

Wie die „Voss-Ztg“ bestimmt hört, ist der österr. Ministerpräsident Dr. v. Sussarek zur Disposition gestellt. Als sein Nachfolger ist vom Kaiser Hofrat Prof. Dr. Lammasch in Aussicht genommen, wenn nicht schon in dem Augenblick, in dem diese Zeilen erscheinen, seine Ernennung vollzogen ist. Sussarek hat die Parteiführer ermahnt, sie mögen sich in den nächsten Tagen in Wien aufhalten, da Berufungen zum Kaiser zu erwarten seien. Von führender deutscher parlamentarischer Seite wird dazu bemerkt, daß ein Kabinett Lammasch bei den deutschen Parteien großen Widerstand begegnen würde, weil seine Ansichten über die auswärtige Politik der Monarchie sich mit den Anschauungen der deutschen Parteien nicht in Einklang bringen lassen. Der Außenminister Graf Sisko-Tarouca hat, wie verlautet, ein Programm für die künftige Neugestaltung Oesterreichs ausgearbeitet, das auf dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen ruht, und für dessen Durchführung ein aus Vertretern sämtlicher Nationen zusammengesetztes Koalitionskabinett zu sorgen hätte. In Wien und Budapest ist das Gerücht im Umlauf, daß auch das ungarische Ministerium Weterle durch ein Kabinett ersetzt werden soll, an dessen Spitze Michael Karolyi stehen werde.

Von anderer Seite wird aus Wien berichtet: In rasendstem Tempo entwickeln sich die Dinge in Oesterreich-Ungarn. Die Monarchie, wie sie bis vor kurzem bestand, ist im Zusammenbrechen. Graf Karolyi hat nach seiner Audienz beim König Karl Verhandlungen mit den ungarischen Parteien begonnen, und es liegt durchaus im Bereiche der Möglichkeiten, daß er schon in den nächsten Tagen das erste Kabinett eines völlig unabhängigen Ungarns bilden wird. Wilson aber hat die österr. Note offenbar nicht beantwortet, weil die Entente sich wohl nur bereit finden läßt, mit den einzelnen Nationalitäten der sich auflösenden Monarchie zu verhandeln, mit den Deutschen, Ungarn und Tschechen, also besonders. In diesem Sinne besitzen die einzelnen Völ-